LINKS DER ACHE

Grassau SPD

Politik ist was wert.

Oder nicht?

Erschwindelte Doktortitel, einseitige Gesetze zugunsten der Klientel der eigenen Partei, Diätenerhöhungen und gleichzeitig monatelanger Streit um 5 Euro mehr für Hartz-IV-Empfänger… da wendet sich der Bürger ab und sagt: Das ist alles nix wert. Und warum soll ich noch wählen gehen, wenn die mich doch alle besch...

Klar. Wenn alle 4 oder 6 Jahre ein paar Kreuzchen die einzige Verbindung zwischen Bürger und Politiker sind, dann ist es nicht weit her, mit dem Wert der Politik. Wenn einer glaubt, wenn die Botschaft nur gut klingt, dann darf er ruhig unredlich sein, dann darf er behaupten, er werde das Land bis 2030 mit Sicherheit schuldenfrei machen. Obwohl niemand die Entwicklung über so lange Zeit vorhersagen kann. Dann ist die Politik nichts wert.

Dann laufen Viele der modernen Beliebigkeit mit den lustigen Seeräubermützen hinterher. Die versprechen Freiheit für alles und alle. Das klingt doch gut. Da machen wir mit. Und plötzlich sind sie wieder da, die Jungen, die wir etablierten „Volks"-Parteien schon lange vermissen und für (politisch) tot erklärt haben.

Nein. Politik ohne Aussagen zu den realen Problemen und mit dem Credo, sich an keine Regel binden zu wollen – das ist auch nichts wert. „Politik ist Kampf um die rechte Ordnung" hat einmal Otto Suhr gesagt. Nicht um die Ordnungslosigkeit. Das sei den Piraten mitgegeben.

Politik ist erst dann etwas wert, wenn sie den

In dieser Ausgabe

Politik ist was wert.....1
Lokale Energiewende.....2
Da wird es warm ums Herz.....4
Strom aus dem Strom.....5
Ferien mit Programm.....6
Mehr Betreuung statt Betreuungsgeld..... 7
Das neue Kommunalwahlgesetz.....8
Ein Wahltermin reicht..... 8
Vorausschauende Politik im Kleinen.....9
Schleuse am Flutkanal.....9
Ortssanierung in Mietenkam.....10
Schnelles Internet für Rottau..... 12
Bundesstraße Rottau wird saniert.....12
Wem die Stunde (nicht mehr) schlägt....13
Wohin, mit dem Müll..... 14
Impressum.....15
Rätsel..... 16

Bürgern dient. Allen Bürgern! Wenn sie konkret darauf ausgerichtet ist, unser Zusammenleben zu verbessern und für uns und die Generationen, die nach uns kommen, ein Optimum an Lebensqualität zu erreichen. Die Respekt voreinander und vor dieser Welt beinhaltet. Wir werden oft unterschiedlicher Meinung sein, was dieses Optimum ist und wie man es erreicht. Aber wir sollten einer Meinung darüber sein, dass es ein Optimum für alle sein muss.
Es gibt viele Beispiele für gute Politik bei allen Parteien, für Politik, die etwas wert ist. Für Politik, die mit dem Bürger für den Bürger gemacht wird.

So ist Politik was wert. Nur so.

In dieser Ausgabe von Links der Ache zeigen wir Beispiele, wie Politik etwas wert sein kann. Ob wir über die Energiewende reden, die bei uns stattfindet und über die nicht nur geredet wird, oder über aktive Sozialpolitik. Über Straßensanierung oder Abfallverwertung. Oder viele andere Beispiele aus der Politik vor Ort, die oft so klein erscheinen, aber genau betrachtet, oft viel größer sind, als das, was sich da in der großen Politik abspielt. Wertmäßig gesehen.

Lokale Energiewende

Was vorausschauende Politik möglich machen kann.

Wir erinnern uns. Im Juni 2000 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung mit einer Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen den Atomausstieg in Deutschland in die Wege geleitet. Es wurden maximale Laufzeiten für die deutschen Kernkraftwerke festgelegt. Im Herbst 2010 hat der Deutsche Bundestag mit der schwarz-gelben Mehrheit diese Vereinbarungen aufgelöst und die erneute Verlängerung der Laufzeiten beschlossen. Im März 2011, ausgelöst durch die Katastrophe in Fukushima, wurde dieser Beschluss ausgesetzt. Im August 2011 wurde die Verlängerung der Laufzeiten wieder zurück genommen und von der Bundesregierung die sogenannte Energiewende eingeleitet: weg vom Atomstrom, hin zu erneuerbaren Energien.
Was ist seit dem geschehen? Im Grunde nichts. Es gibt kein Konzept, wie die Umstellung der Energieversorgung Deutschlands auf regenerative Energiequellen erfolgen soll. Es gibt kein Konzept zur Stromverteilung. Es gibt kein Konzept, wie in großem Stil Energie eingespart werden kann – die wichtigste Energiequelle überhaupt.
Bei einem Besuch der Bundestagsabgeodneten Dr. Bärbel Kofler kritisierte die Geschäftsführung der Traunsteiner Stadtwerke diesen Zustand heftig: "Es ist kein Konzept bei der Energiewende erkennbar. Deutschland braucht ein Fachgremium, gebildet aus Wissenschaftlern, Politikern und technischen Spezialisten, um den Ausbau der regenerativen Energien weiter auszubauen und voran zu treiben" und "Bund, Länder und die einzelnen Kommunen - jeder geht seinen eigenen Weg. Gerade deshalb wäre eine Organisation der Energiewende besonders wichtig, um die einzelnen Interessen und Projekte zu steuern und das gemeinsame Ziel der Energiewende weiter voran zu bringen."
Es wäre jetzt dringend an der Zeit, dass im Bereich der erneuerbaren Energien mehr Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt würden, sagte Dr. Kofler.
Das passiert aber nicht. Andererseits wurde die Einspeisevergütung drastisch und viel stärker als ursprünglich geplant gekürzt. Die deutschen Hersteller von Solarzellen gehen reihenweise pleite.
Und die europäische Union erörtert eine Einspeisevergütung für Atomstrom, allen voran der deutsche EU-Kommissar Günther Öttinger.

Man könnte denken, Politik ist nicht viel wert.

Die bayerische Staatsregierung hat im Mai 2011 immerhin ein rund achtzig Seiten dickes Bayerisches Energiekonzept „Energie innovativ“ be-

schlossen. Darin steht im Bereich Photovoltaik unter a nderem: „Wir werden uns beim Bund für einen klaren Fahrplan zur Fortentwicklung des Vergütungssystems im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) einsetzen“. Kürzlich hat der bayerische Wirtschaftsminister Zeil die Abschaffung der Einspeisevergütung gefordert. So sieht also eine Fortentwicklung des Vergütungssystems im Sinne der Staatsregierung aus.

- **So richtig wertvoll scheint Politik hier auch nicht zu sein.**

Der Landkreis Traunstein hat sich im Jahr 2007 das ehrgeizige Ziel gesetzt, dass bis 2020 der gesamte Strom aller Abnehmer im Landkreis, mit Ausnahme der Großindustrie, aus regenerativen Energiequellen im Landkreis kommen soll. Derzeit wird an einem Leitbild gearbeitet, die Gründung einer Energiegenossenschaft auf Kreisebene wird diskutiert. Die hauptsächlichen Aktivitäten aber gehen von den Städten und Gemeinden aus, die die Umsetzung des Energiekonzepts schon ein gutes Stück voran gebracht haben.

- **Auf kommunaler Ebene gewinnt Politik an Wert.**

Und bei uns? Im Jahre 2004 beschließen die im Ökomodell Achental vereinten Gemeinden das Ziel, das Achental bis 2020 vollständig mit erneuerbaren Energien aus der Region versorgen zu können. 2009 gewinnt das Achental im Wettbewerb "Bioenergie-Regionen" des BMELV[1)] und wird zur „Bioenergieregion Achental“.
Was ist seit dem geschehen?

- Im Herbst 2007 wird der Biomassehof in Grassau eröffnet.
- Als eine der ersten Aktivitäten bietet das Ökomodell Energieberatung an.
- 2010: Gründung eines Kommunalunternehmens und Bau des Biomasseheizwerkes.
- 2011: Alle gemeindlichen Gebäude in Grassau wurden mit Fotovoltaikanlagen ausgestattet.
- Mai 2012: Inbetriebnahme des Heatpipe-Reformers der Firma Agnion

Es passieren also konkrete Dinge, es werden nicht nur Pläne und Konzepte geschrieben. Viele Bürger in Grassau zum Beispiel erfahren durch ihren Anschluss an die kommunale Wärmeversorgung konkrete Ergebnisse der Energiewende.

Biomassehof Achental in Grassau mit Heizwerk und Heatpipe-Reformer (ganz rechts)

- **Da ist Politik was wert!**

Welche Möglichkeiten gibt es denn, die Energiewende wirklich zu vollziehen?

- **In erster Linie natürlich den sinnvollen Energieeinsatz.**

  Die beste Energie ist die, die nicht benötigt wird! Das bedeutet, Energie optimal zu nut-

1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

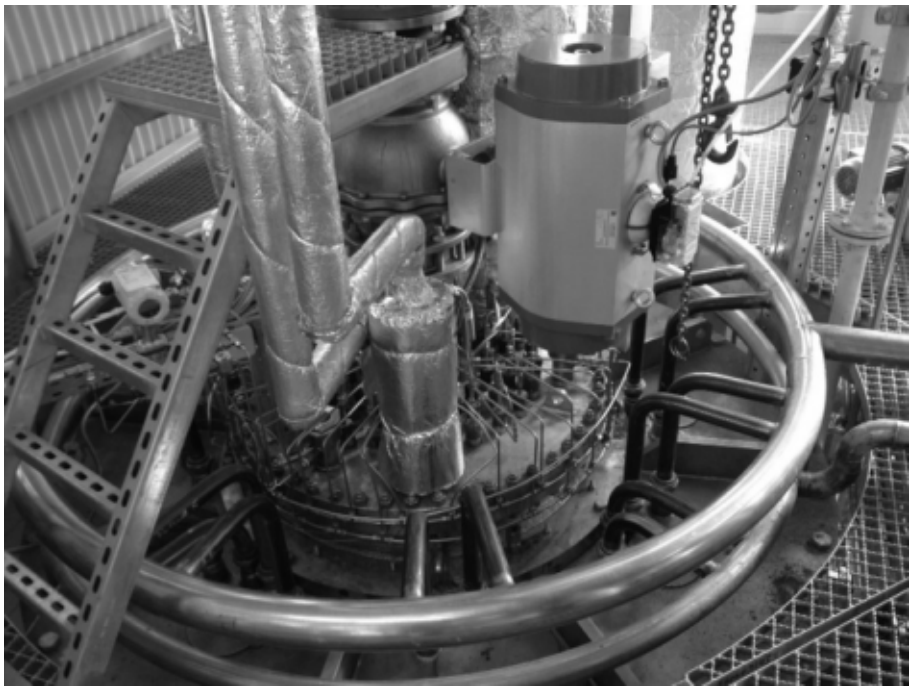
zen und nicht „zum Fenster hinaus zu blasen“. So ist die Abschaltung der Beleuchtung in großen Märkten in der Nacht eine Maßnahme, den Energieverbrauch zu verringern. Oder der Einsatz von LED-Leuchten zur Straßenbeleuchtung, wie er in der Gemeinde Grassau konsequent voran getrieben wird. Es wäre unsinnig, auf die Straßenbeleuchtung zu verzichten, schon aus Sicherheitsgründen. Aber der Einsatz der LED-Leuchten reduziert den Stromverbrauch um mehr als die Hälfte.

- **Der konsequente Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen:**

  Wasser, Wind, Biomasse, Sonne, Geothermie. Je nach Vorhandensein und je nach Verträglichkeit mit den regionalen Gegebenheiten. In unserer Region, d.h. im Achental, kommen primär Wasser, Biomasse und Sonne in Betracht, für den Einsatz der Geothermie sind die Voraussetzungen nicht vorhanden. Über die Windenergie wird man intensiv nachdenken müssen, da sie bei vielen Bürgern als nicht „landschaftsverträglich“ angesehen wird. Wir werden, soviel ist absehbar, die Windenergie aber auch bei uns im Landkreis benötigen, wenn wir die ehrgeizigen Ziele schaffen wollen.

- **Regionalisierung:**

  Wenn es wirklich eine Wende sein soll, so ist die konse- quente Erschließung regionaler Energieversorgung unabdingbar. Damit verbunden sind der Ausbau regionaler Kreisläufe und Energienetze. So, wie es die Zielsetzung der Bioenergie-Region Achental, aber auch die Zielsetzung des Landkreises Traunstein vorsieht.



Im Heatpipe-Reformer

Wussten Sie schon?

Bereits seit 1995 wird auf der Kläranlage aus dem Faulturm Faulgas gewonnen und zur Energiegewinnung eingesetzt. Ein Blockheizkraftwerk liefert Wärme und Strom.

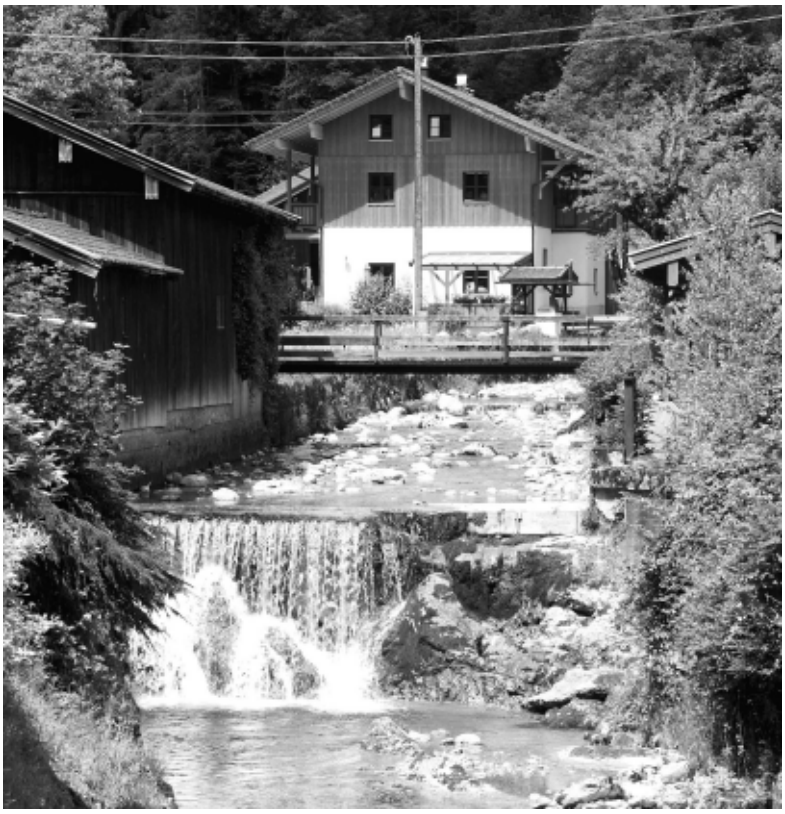
Da wird es warm ums Herz

Die Investitionen für eine kommunale Wärmeversorgung in Grassau zeigen auf, dass etwas bewegt werden kann, wenn man entschieden zur Tat greift. So wurden alleine durch die Verwendung von Hackschnitzeln im Heizwerk seit der Inbetriebnahme im Mai 2010 ca. 2 Millionen Liter Heizöl eingespart. Für das Jahr 2012 steigt die Ersparnis um weitere 1,3 Millionen Liter. Das enstpricht rund 4000 Tonnen CO_2, die nicht zusätzlich in die Erdatmosphäre gelangen und unser Klima belasten. Das entspricht aber auch etwa dem CO_2-Ausstoß von 3500 PKW.
Durch den Ersatz von fossilen Brennstoffen wird aber nicht nur ein aktiver Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet, sondern die regionale Wertschöpfung gestärkt, da die Rohstoffe aus

der Region kommen und das Geld in der Region bliebt, anstatt in die fernen Ölländer zu wandern.

- **Die kommunale Energiepolitik ist also im wahrsten Sinne des Wortes etwas wert.**

Ein weiterer Meilenstein in Richtung regenerativer Energienutzung ist der von der Fa. Agnion erbaute Heatpipe-Reformer. Bei diesem neuen Verfahren wird in einem Leistungsbereich von 1,3 Megawatt effizient Wärme, Strom und Biomethan (Erdgasersatz) aus Holz gewonnen. In Kraft-Wärme-Kopplung mit einem Gasmotor erreicht der Reformer einen elektrischen Wirkungsgrad von 30%. In der Kombination mit der Einspeisung der Abwärme in das gemeindliche Wärmenetz kann mit dieser Technologie ein Gesamtwirkungsgrad von 80% erreicht werden.



Mühlbach, Schleching

Diese Technik könnte auch dezentrale Lösungen für Ortsteile bieten, die aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht an das vorhandene Wärmenetz angeschlossen werden.

Bei uns findet die lokale Energiewende statt, in der Wirklichkeit und nicht nur auf dem Papier. Viele Gebäude in unserer Gemeinde werden mit Pellets, Hackschnitzel oder Scheitholz beheizt, und zusätzlich gibt es zahlreiche Wärmepumpen und solarthermische Anlagen.

Aber es gibt noch viel zu tun. Auf dem Weg zu einer energieautarken Gemeinde im Bereich der Wärmeenergie ist erst ein Drittel geschafft. Besondere Bedeutung haben die Energieeinsparung – z.B. durch Wärmedämmung der bestehenden Gebäude – und effizientere Anlagen zur Nutzung der Energie sowie der Einsatz erneuerbarer Energien.

Die größte Herausforderung ist die thermische Sanierung von Gebäuden, die mit hohen Investitionen verbunden ist und viele private Eigentümer sowie auch die Gemeinde überfordert. Hier müssen die Rahmenbedingungen durch den Bund bzw. durch das Land Bayern verbessert werden. Nur die Ankündigung einer Energiewende reicht nicht – Taten müssen folgen.

Die Grassauer SPD hatte vor vielen Jahren ein gemeindliches Förderprogramm aufgelegt, mit dem Ernergiesparmaßnahmen bei der Renovierung begünstigt wurden. Dies wurde – vernünftigerweise – wegen der dann aufgelegten Förderprogramme auf Landes- und vor allem auf Bundesebene aufgegeben.

- Will der Bund, will das Land Bayern die Energiewende, so müssen solche Förderungen wieder verstärkt werden. Die Wende wird nur bei einer dauerhaften Senkung des Energiebedarfs gelingen, haben 30 führende Energiewissenschaftler Deutschlands in einem offenen Brief an die Bundesregierung im Januar 2012 gewarnt.

Strom aus dem Strom

Wasserkraft ist wichtig.

Bei der Tiroler Ache von einem Strom zu sprechen, ist natürlich übertrieben. Dabei an Stromerzeugung zu denken, keineswegs. Bereits

heute werden im E-Werk in Marquartstein 5 Gigawattstunden pro Jahr erzeugt. Und eine Abschätzung ergibt für einen Totalausbau der Tiroler Ache mit sieben herkömmlichen Staustufen eine Leistung von 64 Gigawattstunden pro Jahr. Der derzeitige Gesamtstromverbrauch im Achental liegt bei über 150 GWh pro Jahr (hochgerechnet aus den Zahlen einer Untersuchung von 2005), allein in Grassau werden derzeit 47 GWh/a verbraucht. Das ist schon deutlich mehr, als die 64 GWh/a, welche die Ache liefern könnte, und dies nur, wie gesagt, beim nicht ökologischem Totalausbau!

Dass eine solche Lösung nicht wünschenswert ist, liegt auf der Hand. Energiewende heißt für uns auch, dem Raubbau an der Natur ein Ende zu setzen. Naturverträglichkeit muss vor maximaler Ausbeute stehen. Die 9 Gemeinden des Ökomodells Achental haben deshalb jetzt für rund 70.000 Euro eine Studie in Auftrag gegeben, die untersuchen soll, ob ein naturverträglicher Ausbau der Wasserkraftnutzung der Tiroler Ache möglich ist und welches Ergebnis dabei erzielt werden kann.

Erst wenn die Ergebnisse dieser Untersuchung vorliegen, kann man weiter reden. Im Vordergrund aller Überlegungen muss aber auch hier die Einsparung von Energie stehen. Von den oben erwähnten 47 GWh/a Stromverbrauch in Grassau entfallen alleine über 6 Prozent auf Elektroheizungen – eine Form der Wärmeversorgung, die wirklich nicht mehr in unsere Zeit passt.

Man wird – ähnlich wie bereits über die Windkraft gesagt – auf die Nutzung der Wasserkraft nicht verzichten können, um die ehrgeizigen Ziele des Ökomodells Achental bis 2020 zu erreichen. Jedoch muss auch hier die Naturverträglichkeit im Vordergrund stehen, will man nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Ferien mit Programm

Das Kinderferienprogramm wird 25 Jahre alt.

Auf Anregung des Grassauer SPD-Mitglieds Rudi Klingler wurde 1987, also vor 25 Jahren, das Grassauer Kinderferienprogramm ins Leben gerufen. Damals diente ein ähnliches Programm in der Gemeinde Prien als Vorbild. Als „Zentrale" des Programms diente das „Fremdenverkehrsamt", unsere heutige Tourist-Information. Der Umfang des Programms was auch noch wesentlich bescheidener.

Auf dem Kinderfest der Grassauer SPD

Als zwölf Jahre später die Gemeindeverwaltung das Ferienprogramm unter ihre Fittiche nahm, umfasste es ganze 8 Veranstaltungen. Seitdem hat eine rasante Entwicklung stattgefunden. In den letzten Jahren und auch heuer wieder finden sich jedes Jahr über 50 Veranstaltungen im Programm. An manchen Tagen finden bis zu 3 Veranstaltungen statt. Insgesamt nehmen etwa 700 Kinder pro Saison teil!

Vereine, Betriebe und Privatpersonen bieten sich an, ehrenamtlich mitzuwirken. All diesen ehrenamtlich Aktiven gebührt großer Dank, ohne sie wäre das Ferienprogramm nicht möglich.

Die Gemeinde ist Träger des Programms. Die Mitarbeiterinnen im Rathaus organisieren alles

und die Gemeinde trägt alle Kosten, um Allen, auch sozial Schwächeren, die Teilhabe zu ermöglichen.

- **Das ist gut angelegtes Geld. Da ist Kommunalpolitik was wert.**

Zusätzlich hilft die Gemeinde noch, indem sie Teilnehmer und Betreuer versichert – ohne eine solche Risikoabdeckung wären die Veranstaltungen heutzutage nicht mehr denkbar.
Informationen zum Fereinprogramm findet man im Internet unter
www.grassau.de/de/kinderferienprogramm.

➲ Auch wir von der Grassauer SPD veranstalten heuer wieder unser Kinder-und Familienfest. Am 22. September ab 14 Uhr, für alle Altesgruppen,auf dem Sportplatz in Grassau. Es wäre schön, wenn die Eltern mitkämen.

Das Betreuungsgeld setzt falsche Signale!

Aktuell gibt es in Bayern und Deutschland einen heftigen Streit um die Einführung eines Betreuungsgeldes.
Jedoch hat die zuständige Familienministerin Schröder (CDU) bisher noch gar keinen Gesetzentwurf vorgelegt. Deshalb ist das Ganze irgendwie auch eine Phantomdebatte. Allerdings hat die CSU dies zu ihrem Kernthema gemacht, um zu zeigen, wie mächtig sie noch ist und dass ihr Wort und Wille in Berlin etwas bedeuten.
Wirklichkeit ist demgegenüber, dass Bayern einen enormen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren hat. Bundesweit liegt Bayern mit einer Ganztagsbetreuungsquote von 5,9 Prozent an vorletzter Stelle - der Bundesdurchschnitt ist 12,9 Prozent. Ab 2013 hat jedes Kind unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Krippenplatz. Der hierfür erforderliche Bedarf ist bei weitem noch nicht gedeckt. Denn erst wenn für Familien wirklich Krippenplätze vorhanden sind, besteht für Eltern tatsächlich die Wahlfreiheit, ihr Kind zu Hause zu erziehen oder in eine Kinderkrippe zu geben. Bisher besteht diese Wahlfreiheit ja zumeist gar nicht.
Erst wenn Land und Bund schnell und massiv Millionen in den Ausbau von Kindertagesstätten investieren, stehen ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung. Das CSU-Betreuungsgeld wäre daher eine Fehlsteuerung von Finanzmitteln.
Wenn Familien wirkliche Wahlfreiheit haben sollen, dann sollte der bisher noch im Bahnhof stehende Zug "Betreuungsgeld" am besten dort stehen bleiben und die dafür vorgesehenen Gelder für die frühkindliche Erziehung verwendet werden.
Die BayernSPD hat daher eine Petition an den Bayerischen Landtag gestartet, um den Ausbau der Kinderbetreuung massiv voranzubringen und sich im Bundesrat gegen die Einführung des Betreuungsgeldes einzusetzen!

- **Unterschreiben kann jede(r) bei http://petition.bayernspd.de**

Das neue Kommunalwahlgesetz

Ein großer Wurf, aber in die falsche Richtung

Mit dem neuen Kommunalwahlgesetz hätte die Bayerische Staatsregierung die Möglichkeit gehabt, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, Einschränkungen zu beseitigen und auch 16-Jährigen die Möglichkeit zur Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen.

- **Bundespräsident Joachim Gauck als Bürgermeister oder Landrat in Bayern ungeeignet**

Noch vor wenigen Wochen wählten auch die CSU-Mitglieder der Bundesversammlung Joachim Gauck zum Bundespräsidenten. Gauck wurde geboren am 24. Januar 1940 und ist damit zu alt, um nach dem Beschluss der gleichen CSU-Landtagsabgeordneten Bürgermeister oder Landrat in Bayern zu werden. Gleiches gilt auch für Wolfgang Schäuble (geboren 18. September

1942) oder Edmund Stoiber (geboren 28. September 1941). Sie dürfen zwar wichtige Ämter in unserem Staat übernehmen, aber nicht für Spitzenämter in den Bayerischen Kommunen kandidieren, wenn sie das 65. (ab 2020 das 67.) Lebensjahr erreicht haben.
Warum dieser Ausschluss der älteren Generation von der politischen Verantwortung in Spitzenämtern der Kommune? Vielleicht nur um Christian Ude (geboren 26. Oktober 1947) von einer weiteren Bürgermeisterkandidatur in München abzuhalten oder den Traunsteiner Landrat Hermann Steinmaßl (geboren 15. Mai 1948).
Warum lässt man nicht das Volk entscheiden?
Übrigens für ehrenamtliche Bürgermeister gilt keine Altersgrenze.

- **Aktives und passives Wahlrecht für Zweitwohnungsbesitzer**

Kandidaten für den Gemeinderat müssen künftig nicht mehr mit dem Erstwohnsitz gemeldet sein, es reicht künftig ein Zweitwohnsitz. Bislang mussten die Kandidaten nachweisen, dass sie am Ort ihrer Kandidatur leben und dort auch den Schwerpunkt der Lebensbeziehungen haben. Sie zeigten damit auch, dass sie den Ort und die Bürger mit all ihren Wünschen und Problemen kennen, in welchem sie kandidierten.
Soll dies alles nicht mehr notwendig sein?
Zudem wurde sogar noch beschlossen, dass ein Kandidat nach erfolgter Wahl sein Amt ohne Angabe von Gründen ablehnen kann oder auch später niederlegen kann!

- **Damit ist einer Scheinkandidatur Tür und Tor geöffnet.**

Die Bürger können sich also nicht mehr darauf verlassen, dass die Kandidaten, welche sie wählen, auch ihre Interessen im Gemeinderat oder Kreistag vertreten.

- **Eine wirklich völlig unsinnige und unverständliche Neuregelung.**

Ein Wahltermin reicht

Im nächsten Jahr stehen uns die Wahlen zum Bundestag und Landtag bevor. In nur wenigen Wochen Abstand werden die Wähler nach dem erklärten Willen der bayerischen Staatsregierung gebeten, zweimal ihre Stimmen abzugeben. Aber auch die Wahlhelfer werden zweimal gebeten, ihr Wochenende zu opfern. Dazu werden auch die Angestellten bei der Gemeinde an zwei Wochenenden zusätzlich eingesetzt.
Nach Florian Pronold, dem Landesvorsitzenden der BayernSPD ist der Bayerischen Staatsregierung kein Argument zu dumm, um taktische Winkelzüge der CSU zu begründen. So behaupte sie doch tatsächlich - mit Blick auf die SPD – wer fordere, dass Landtagswahl und Bundestagswahl am selben Tag stattfinden, "dessen Herz schlägt nicht für Bayern". Seehofer verwechselt ja gerne "Bayern" mit der "CSU".
Mit zwei getrennten Wahlterminen, die zwei, drei Wochen auseinander liegen, wird Seehofer weder die Herzen noch die Köpfe der Menschen in Bayern erreichen. Seehofer vergeudet Millionen an Steuergeldern und leistet einen Beitrag zur

Politikverdrossenheit, was sich an den nachlassenden Wahlbeteiligungen zeigen wird. Kurz hintereinander müssen alle Bayern zwei Mal an die Wahlurne. Zehntausende ehrenamtliche Helfer müssen zwei Sonntage sinnlos opfern.
Und das alles nur, weil die CSU glaubt, mehr zu profitieren, wenn es getrennte Wahltermine gibt. Die Demokratie profitiert hingegen von der Zusammenlegung beider Wahltermine.
Bei der Festsetzung des Termins für die Landtagswahl 2013 (mit Bezirkswahlen 2013) auf den Tag der Bundestagswahl 2013 könnte die pauschale Kostenerstattung an die Gemeinden für eine der beiden Wahlen grundsätzlich eingespart werden. Diese Kosten haben bei der Landtagswahl 2008 (mit Bezirkswahlen 2008) 13,9 Mio Euro und bei der Bundestagswahl 2009 11,4 Mio. Euro betragen.
Vorausschauende Politik im Kleinen

Vorausschauende Politik im Kleinen

ist auch verantwortungsvolle Politik

Der Winter ist nun vorbei. Schon bald werden wieder Fahrzeuge in der Gemeinde auftauchen mit denen Kanaluntersuchungen in einigen Teilbereichen der Gemeinde vorgenommen werden. Festgestellte Schäden werden nach Möglichkeit sofort behoben.
Als vor nun mehr als 50 Jahren das Kanalnetz in Grassau mit Steinzeug-Rohren aufgebaut wurde, waren sich die Verantwortlichen darüber im Klaren, dass es einer regelmäßigen Kontrolle und Sanierung bedarf, um das Abwassersystem über Jahrzehnte funktionsfähig zu erhalten und damit auch die Abwasserentsorgung für alle Bürger dauerhaft zu gewährleisten. Zudem gehört zu einer verantwortungsvollen Politik nicht nur der Bau und Betrieb einer Kläranlage auch zum Schutz der Natur, sondern auch die Vermeidung von Abwassereintrag ins Grundwasser durch schadhafte Rohrleitungssysteme.
Die Marktgemeinde Grassau wendet schon seit vielen Jahren jährlich mindestens 50.000 - 100.000 Euro auf, um den hohen Standard zu halten. Andere Gemeinden, so auch große Städte verzichteten in der Vergangenheit auf diese Ausgaben und schieben so die Probleme vor sich her. Man spricht davon, dass dies für ganz Deutschland einen Sanierungsaufwand von mehreren Milliarden Euro bedeute. Verschieben heißt zwar, dass der Haushalt momentan finanziell entlastet wird, aber bedeutet immer auch eine noch größere finanzielle Last für die Zukunft.
Nicht immer ist es einfach, diese Lasten zu tragen, denn was für die Abwasserleitungen gilt, gilt auch für die Straßen, die Wasserversorgung und Wanderwege. So stellt Grassau auch jedes Jahr 100.000 bis 200.000 Euro zur Sanierung der Straßen zur Verfügung. Aber diese Mittel reichen nach strengen Wintern oder bei außergewöhnlichen Ereignissen, wie das Abrutschen der Straße zum Adersberg, bei weitem nicht aus.
Die Bürger bemerken diese Aufwendungen meist nur, wenn sie im gemeindlichen Haushalt nachschauen. Werden die Aufwendungen aber nicht getätigt, dann merken die Bürger schon bald die Folgen einer nicht vorausschauenden Politik. Denn Probleme kann man nicht in die Zukunft verschieben, man muss sie heute anpacken.

Schleuse am Flutkanal

in Untermoosbach wird saniert

Vor mehr als 100 Jahren stand bei der Überschwemmung das Wasser in Mietenkam so

Schleuse am Flutkanal in Untermoosbach

Bau des Achendamms 1910

hoch, dass bei der damaligen Kramerin Frau Enthart die Eier schwammen. Das Wasser kam sowohl von der Tiroler Ache, welche Hochwasser führte, als auch von den Bächen, die durch Mietenkam führten (Moos- und Gänsbach). Aus dieser Zeit haben wir leider keine Bilder mehr.
1910 wurde durch den Bau des Achendamms eines der Probleme gelöst.
1922 konnte durch den Bau des Flutkanals und der Schleuse am Flutkanal westlich von Mietenkam auch das zweite Problem gelöst werden. Seither sind Mietenkam und die umgebenden landwirtschaftlichen Grundstücke auf Dauer vor Hochwasser geschützt.
Auch wenn Mietenkam nun schon seit bald 100 Jahren vor den Hochwassern geschützt ist, war es notwendig, die Schleuse am Flutkanal in Untermoosbach zu sanieren. Eine Instandsetzung der Schleuse war aufgrund der gravierenden Schäden in der Bausubstanz, mit Brüchen und Rissen im Betonbauwerk deshalb im Marktgemeinderat unstrittig. Auch das Wasserwirtschaftsamt empfahl, einen ordnungsgemäßen Zustand herzustellen.
In der Kostenschätzung ging man von rund 70.000 Euro an Kosten aus. Für die Gemeinde bot sich die Sanierung zu diesem Zeitpunkt an, da durch den Golfplatzbau bereits eine Baustraße vorhanden war.
Nach der Freilegung des Bauwerks, stellte sich dann heraus, dass die Schäden bedeutend größer als vermutet waren und eher ein Neubau als eine Sanierung erforderlich ist. Damit erhöhten sich die Kosten auf rd. 180.000,-- Euro. Die Gemeinde versuchte durch entsprechende Vorschläge die Kosten zu drücken, aber die für Mietenkam so wichtige Maßnahme ließ sich nicht für einen geringeren Betrag erstellen.

- **Keine staatlichen Zuschüsse für ein Gewässer dritter Ordnung**

Unverständlich bleibt aber, dass für eine solch wichtige wasserbauliche Maßnahme kein staatlicher Zuschuss gewährt wird, während dies beim Wildbachverbau selbstverständlich ist.

Ortssanierung in Mietenkam

Zur Fussball-Weltmeisterschaft 2010 gab es abends nach wichtigen Spielen eine Art „Schlagbaum“ in Mietenkam:
Leute, die vom „Public Viewing“ beispielsweise vom Überseer Strandbad zurück ins Achental fuhren, wurden von der Mietenkamer Jugend aufgehalten und aufgefordert, ein bisschen mitzufeiern: Freibier in Pappbechern.
Die Mietenkamer wollten einmal nicht reine Durchfahrtsstraße sein, sondern Zentrum der großen Party – und sie haben das sehr charmant und mit viel Witz gemacht.
Mietenkam soll nicht zur reinen Schlafsiedlung werden: Dem Gemeinderat liegt besonders viel daran, dass die sozialen Strukturen, das Ortsleben und die Dorfgemeinschaft in Mietenkam gefördert werden!
Dass die Sache aber einen langen Atem braucht, haben die letzten beiden Jahre gezeigt:
Es ist nicht einfach, die Bedürfnisse der Anwohner mit den Erwartungen der Grundstückseigner

unter einen Hut zu bringen.
Genau dafür ist die Politik notwendig: Mit Bürgerbeteiligung zu einem konkreten Resultat zu kommen. Zwar seine Meinung zu vertreten, aber immer bereit für einen konstruktiven Konsens zu sein. So funktioniert nicht nur (im besten Fall) die große Politik, sondern die ganz konkrete „kleine" Politik vor Ort.

Ortsdurchfahrt Mietenkam mit dem Gasthof Kampenwand

Optimal wäre es, für die Ortsgestaltung die Mietenkamer Straße einige Meter nach Osten zu verschieben.
Man könnte so der Mietenkamer Kirche etwas mehr Raum geben und im Süden davon einen Dorfplatz schaffen. Das Ganze dann noch kombiniert mit einem Dorfladen, einem Café und einem Versammlungsraum für die Mietenkamer Bürger.
Zusätzlich könnten die Voraussetzungen für einen durchgehenden Geh- und Radweg – zumindest in diesem Bereich – geschaffen werden.
Die Gemeinde Grassau hat dazu 2010 Helmut Bielenski, Städtebauer und Professor an der Fachhochschule in Coburg beauftragt ein Konzept zu erarbeiten.
Auch andere Mietenkamer machten Vorschläge zur Ortssanierung, so zum Beispiel Josef Riefer, selbst Architekt. Dadurch ergaben sich viele lebhafte Diskussionen, die mit viel Sachverstand geführt wurden. Eigentlich ein Glücksfall für diesen Ortsteil, so viele kompetente ansässige Diskussionsteilnehmer zu haben.
Allen Wünschen voran steht allerdings die Verständigung mit den Grundstückseigentümern:
Zeitweilig kamen die Verhandlungen ins Stocken, da deren finanziell Erwartungen für die Gemeinde im Interesse der Bürger nicht zu akzeptieren waren.
Durch den geplanten von der Eigentümerin geplanten Abbruch des Mietenkamer Gasthofs Kampenwand bieten sich aber nun doch Lösungen für das umfassende Dorferneuerungskonzept an:
So ist angedacht, im Erdgeschoss des dort entstehenden Neubaues den gewünschten Versammlungsraum und den Dorfladen in Verbindung mit dem Tagescafé entstehen zu lassen. Durch den Wegfall des Anbaus kann ein Dorfplatz südlich der Kirche verwirklicht werden.
Zusätzlich gibt es auch Möglichkeiten, in der unmittelbaren Nachbarschaft einen Dorfladen zu verwirklichen. Abgerundet soll das Ensemble mit einem Mehrgenerationenhaus auf dem gegenüberliegenden Reichert-Grundstück werden.
Olaf Gruß (SPD) sprach nun in der letzten Gemeinderatssitzung von einer „historischen, einmaligen Chance" für Mietenkam.
Die Mietenkamer sind gefordert, sich bei der Ausgestaltung der Lösung einzubringen und zum Erfolg der Ortssanierung beizutragen – Denn auch ein Dorfladen ist nur dann sinnvoll, wenn er von der Dorfgemeinschaft akzeptiert und und dort eingekauft wird.

Schnelles Internet für Rottau

Im November 2011 genehmigte der Marktgemeinderat den Kooperationsvertrag mit der Deutschen Telekom und stellte damit die Weichen für die neue Breitbandversorgung in Rottau. Der Ort eignet sich für diese Technik, da beim Ausbau der B 305 zwischen Grassau und Bernau bereits Leerrohre verlegt wurden und deshalb aufwendige Tiefbauarbeiten nicht nötig sind. Durch den Ausbau kann das Internet auf eine Geschwindigkeit von 27 bis 50 Megabit pro Sekunde erhöht werden.
Die Kosten für die Verlegung des Anschlusses belaufen sich auf etwa 100.000 Euro.
Nach Abzug des Anteils der Telekom und der Förderung verbleibt ein ungedeckter Betrag von 20.000 Euro, den die Marktgemeinde tragen wird.
Dies ist in die Zukunft investiertes Geld. Derzeit liegt die Internetgeschwindigkeit in Rottau noch unter einem Megabit pro Sekunde. Deshalb ist der Ausbau nach bayerischem Gesetz auch förderfähig. In Grassau gibt es die Anbindung mit Glasfaser schon geraume Zeit. So ergibt sich nun eine gute Chance, die „Datenautobahn“ zwischen Grassau und Bernau auch für Rottau zu nutzen.
Mit der Verwirklichung des schnellen Internets in Rottau ist im Herbst 2012 zu rechnen.

Gibt es auch Hoffnung für Mietenkam auf schnelles Internet?

In Zeiten, in denen man jährlich mehrmals sein Navigationsgerät updaten muss, Bilder, Programme und Filme im Internet herunterladen möchte, ist eine schnelle Internet-Verbindung unabdingbar.
Will man sein Navigationsgerät aus dem Auto im Internet auf den neuesten Stand bringen, sollte man in Mietenkam 3 -5 Stunden einplanen. Schneller geht es nicht. Bilder in die ‚Cloud‘ hochzuladen ist eine unendliche Geschichte.
Was nützte da das Versprechen aus der Bayerischen Staatsregierung, schon bis 2011 eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in Bayern gerade auch im ländlichen Raum sicher zu stellen. Man kann nicht von den Kommunen erwarten, dass sie die immensen Kosten übernehmen. Es ist und bleibt die Aufgabe der Regierung in München den großsprecherischen Worten der Vergangenheit insbesondere aus dem Wirtschaftsministerium auch Taten folgen zu lassen.
Vielleicht ist es dann auch in Mietenkam, Weiher und der Au möglich, sein Navigationsgerät schnell auf den neuesten Stand zu bringen.
(Geschrieben während des Hochladens des neuen Kartenmaterials für das Navigationsgerät in Mietenkam – immer noch 93 Minuten.)

Bundesstraße in Rottau wird saniert

Nun ist es endlich soweit. Nachdem die Ortsverschönerung in Rottau weit fortgeschritten ist, wird dieses Jahr auch die Ortsdurchfahrt der Bundesstraße durch Rottau saniert.
Vor 80 Jahren wurde das erst Mal die Strecke zwischen Bernau über Rottau nach Grassau geteert. Die Achentaler Zeitung berichtete damals:

9. Juni 1932 (Achentaler Nachrichten)

Grassau. Der Straßenbau der Bezirksstraße Grassau – Rottau schreitet rüstig vorwärts. Die notwendige Breite und Führung in Übersichtlichkeit, durch Wegnahme von lästigen unübersichtlichen Kurven, erleichtert für alle Straßenbenützer den künftigen Verkehr. Es ist diese Straßenstrecke, die meist und tonnenmäßig schwerst befahrene Straße im ganzen Bezirk Traunstein, da bekanntlich der Verkehr zwischen Bernau und Grassau zusammengedrängt ist

Nach dem Ausbau der Bundesstraße nahm der Verkehr von Jahr zu Jahr zu und wurde auch zu einer großen Belastung von Rottau. Durch die Abbremsung des Verkehrs im östlichen Eingangsbereich und die Verkehrsinsel in der Mitte des Ortes konnte wenigstens die Durchfahrtsgeschwindigkeit etwas abgesenkt werden.

Leider bleibt eine Verkehrsinsel mit Fahrbahnverschwenkung am westlichen Ortseingang ein Wunschtraum. Ein Antrag der SPD wurde vom Straßenbauamt abgelehnt.

Durch die starke Belastung der Bundesstraße in Rottau durch den Durchgangsverkehr insbesondere auch des Schwerlastverkehrs ist die Straße nun so beschädigt, dass eine Sanierung wirklich dringlich geworden ist.

Ortsdurchfahrt Rottau in den 60er Jahren - Heutige Bundesstraße

In diesem Zusammenhang werden auch die straßenbegleitenden Gehwege und Einmündungsbereiche durch die Gemeinde saniert.

Durch Einbau von Großgranitsteinen wird die Verkehrsinsel deutlich erkennbarer. Zudem wird der großflächige Asphaltbereich optisch unterbrochen.

Der Weiteren nutzt die Gemeinde die Gelegenheit, um den Gehweg von der Hauptstraße bis zum Marterlweg zu erneuern und entlang der Ortsdurchfahrt die Straßenbeleuchtung auf energiesparende LED-Lampen umzustellen.

Unverzichtbar ist aber eine weitere Entlastung von Rottau vom Durchgangsverkehr insbesondere in den Sommer- und Wintermonaten. Dies ist aber nur durch eine Rückstufung der Bundesstraße zur Staatsstraße erreichbar. Der für Bernau, Rottau und Grassau schon lange unzumutbare Durchgangsverkehr könnte dann über die Autobahn zur Ausfahrt nach Grabenstätt gelenkt werden.

Die Umschilderung alleine reicht nicht .

Wem die Stunde (nicht mehr) schlägt.

Neulich nachts bin ich aufgewacht, einfach so. Hab ein bisschen gedöst und dann hat es leise durch das Rauschen des Nachtwinds hindurch achtmal geschlagen, viermal dunkel viermal hell – Vier Uhr also. Zeit also, sich nochmal umzudrehen und wieder einzuschlafen, es sind noch mehr als zwei Stunden, bis zum Aufstehen. Ein schönes Gefühl. Und ein schönes Geräusch, unser „Campanile“.

Nun, ich wohne ja auch nicht direkt neben der Uhr, sonst hätt's mich wahrscheinlich aus den Federn gerissen, das Schlagen. So, wie der Motorradfahrer, der immer morgens um kurz nach fünf durch unser Schlafzimmer braust – dem Geräusch nach zumindest. Bin ich immer glockenwach, danach. Damit muss ich wohl leben, ich will ja schließlich morgens frische Semmeln essen und wahrscheinlich ist das der Bäckergeselle, der zur Backstube eilt. So red' ich mir das gut.

Immerhin höre ich danach in Zukunft keine Glocken mehr, denn die werden jetzt abgeschaltet, nachts. Wegen des Lärms. Brauch ich auch nicht, weiß ja, dass der „Biker“ immer kurz

nach fünf kommt. Vielleicht sollte ich ihn bitten, doch alle Stunde...

Wohin, mit dem Müll?

Politik für die Bürger und für die Umwelt.

Wir haben, daran besteht gar kein Zweifel, ein gut funktionierendes Abfall-Entsorgungssystem. Unser Wertstoffhof ist durchgehend gut besucht, die Bürger sammeln fleißig, was als Wertstoff gilt, d.h. was anstatt deponiert zu werden, wieder einer Verwertung zugeführt werden kann.

Aber trotzdem ist es richtig zu fragen, ob nicht noch zu vieles in der Restmülltonne landet, was eigentlich von Wert wäre. Ob es eigentlich ökologisch sinnvoll ist, dass wir wegen ein paar Joghurtbechern mit dem Auto zum Wertstoffhof im Erlach fahren, sozusagen als Mülltaxi. Und haben nicht auch Sie, liebe Leser, irgend ein altes Elektrogerät daheim rumstehen, das man ja immer mal mitnehmen will, zum Entsorger in Grabenstätt – und dann doch immer wieder vergisst.

Die Abfallwirtschaft im Kreis muss neu geregelt werden, da die Verträge des Kreises mit der Verbrennungsanlage in Burgkirchen und dem DSD[2)] auslaufen. Zusätzlich wurde eine neue Fassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes verabschiedet, in der eine höhere Wiederverwertungsquote als bisher gefordert wird. Der Arbeitskreis Umwelt und Energie der SPD im Kreis hat sich deshalb mit dem Thema beschäftigt und ein Konzept zur zukünftigen Abfallentsorgung erarbeitet.

Darin schlägt die SPD ein neues „duales" System vor. Dabei wird einerseits ein Holsystem favorisiert, um der Ökologie (weniger Fahrten zum Wertstoffhof) und dem wachsenden Anteil älterer Menschen gerecht zu werden, die weniger mobil sind. Andererseits soll das Wertstoffhofsystem dahin erweitert werden, dass sperrige Güter wie Sperrmüll oder Elektroschrott und natürlich Bauschutt und Grüngut möglichst dezentral entsorgt werden können.

Mit einem solchen Holsystem soll es für die Bürger wesentlich einfacher werden, Wertstoffe aus dem Abfall einer Wiederverwertung zuzuführen, wird doch schließlich alles abgeholt. Mit dem Holsystem können, wie uns Franz Zannoth, Altbürgermeister von Hohenbrunn im Landkreis München, bei seinem Vortrag in Grassau als Experte berichtete, Sammelquoten bis zu 80% erreicht werden.

Dass das Abholen von Wertstoffen sich rechnen kann, führen uns derzeit die privaten Verwerter beim Einsammeln von Altpapier mit der blauen Tonne vor. Allerdings muss man sagen, nur das Papier abzuholen, das zur Zeit ziemlich hohe Wiederverkaufspreise bringt, und den Rest liegen zu lassen, ist ein bisschen wie Rosinen picken. Ein Gesamtkonzept unter kommunaler Koordination, ggf. stufenweise eingeführt, sollte sich durchaus rechnen, bessere Wiederverwertungsquoten bringen und dem Bürger einen besseren Service. Wenn dann die Wertstoffhöfe auch Dinge wie Sperrmüll oder Elektroschrott annehmen, wofür wir heute weit und zu verschiedenen Abnehmern fahren müssen, hätten wir ein rundum besseres System als heute.

Müllfahrzeug

2) Duales System Deutschland

So könnte Politik viel wert sein.

Leider ist dies Konzept im Umweltausschuss des Kreistags mit der Mehrheit der anderen Fraktionen abgelehnt worden – wenn man die Berichte dazu liest, klingt es ein bisschen nach „wer nichts ändert, kann nichts falsch machen". Schade.

Impressum

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:
Peter Biebl
Olaf Gruß
Dieter Hahn
Edith Klein-Nöldner
Xaver Schreiner

V.i.S.d.P.

Dr. Dieter Hahn
Ringstrasse 44
83224 Grassau

Des Rätsels Lösung:

Wenn Sie die Lösung des Rätsels auf der letzten Seite gefunden haben, dann schicken Sie diese Bitte ausgefüllt mit Ihren Absenderangaben an uns.

Sie möchten nicht nur zuschauen, sondern mitmachen bei der SPD ? Dann wenden Sie sich an Dr. Dieter Hahn Tel. 4602 oder an ein SPD-Mitglied, das Sie persönlich kennen, oder schriftlich an den SPD-Ortsverein Grassau:

☐ Ich interessiere mich für die kommunalpolitische Arbeit der SPD Grassau.
☐ Ich möchte das kommunalpolitische Programm der SPD Grassau zugeschickt bekommen.
☐ Ich möchte Mitglied der SPD werden.

Absender:

. . . . . .
Vorname, Name Telefon

. . . . . .
Straße Ort

An

SPD - Ortsverein Grassau
z. H. Dr. Dieter Hahn
Ringstraße 44
83224 Grassau

Rätsel

Frage 1: Von wo hat man diesen wunderschönen Blick auf Grassau?

Blick von . . . . . auf Grassau

- ☐ Von der Rachlalm
- ☐ Von der Lindlalm
- ☐ Von der Hochplatte

Frage 2: Wann wurde der Achendamm gebaut?

- ☐ 1837
- ☐ 1910
- ☐ 2111

Theodor v. Hötzendorf "Frühling am Achendamm"

Die Lösung des Rätsels bitte oben ankreuen, und wie umseitig beschrieben an uns schicken.